7 Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2013

Gleicher Lohn und gleiche Rechte bei <u>jeder</u> Teilzeitarbeit!
Existenzsicherung für Frauen – mit Entgeltgleichheit und sozialer Sicherung – statt Minijob

Eine Aktion der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen-Büros (BAG)
und des Deutschen Frauenrates (DF) zur Bundestagswahl 2013

	Name: Jana Schimke Partei: CDU Wahlkreis: 062 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I
Fragen:	**Antworten**:
1. Was halten Sie von der geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijob) als Arbeitsmarktinstrument?	Während meiner Schul- und Studienzeit habe ich sehr vom Angebot der Minijobs profitiert. Dies zeigt, was Minijobs leisten können und was nicht: Sie sind ein Zuverdienst neben der Schule, dem Studium oder auch der Rente. Auch können Minijobs z. B. für Menschen ohne Berufsausbildung ein niedrigschwelliges Angebot in den Arbeitsmarkt darstellen und die Chance auf ein späteres sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis erhöhen. Sie sind jedoch keine, auf Dauer angelegte Beschäftigungsform, die allein den Lebensunterhalt einer Familie und später die Altersvorsorge sichern kann. Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik muss immer sein, die Menschen durch gute Qualifikation in ein voll sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Minijobs können und sollen nur den Weg dahin ebnen, mehr nicht.
2. Wissen Sie, wie viel ein Jahr Arbeit im Minijob mit einem Verdienst von 300 € / Monat an monatlicher Rente heute einbringt?	2.40€ X (ohne Rentenbeitrag des Arbeitnehmers) 3,40€ ☐ 4,40€ ☐
3. Sollte der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Minijobs gelten?	Ja X Nein ☐ Der Gesetzgeber macht dazu klare Vorgaben. Minijobs entsprechen einer Teilzeitbeschäftigung und sind nach § 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes allen anderen Beschäftigungsverhältnissen

	gleichgestellt. Darin heißt es: „Ein teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer darf wegen der Teilzeitarbeit nicht schlechter behandelt werden als ein vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer“. Geringfügig Beschäftigte haben damit Anspruch auf den anteilig gleichen Lohn wie Vollzeitbeschäftigte.
4. Wie setzen Sie sich für die soziale Sicherung ab dem 1. Euro ein?	Wenn wir die soziale Sicherung ab dem 1. Euro stärken wollen, müssen wir mehr Menschen durch eine gute Qualifikation, eine gute wirtschaftliche Entwicklung und vor allem auch durch mehr Aufklärung in reguläre Beschäftigung bringen. Letzteres gilt vor allem für den großen Anteil von Frauen, die ausschließlich in Minijobs arbeiten und das Haushaltseinkommen lediglich aufbessern, da der Partner die Familie ernährt. Auch müssen wir uns noch stärker für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen, damit mehr Frauen statt eines Minijobs einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit größerem Stundenumfang nachgehen können. Nur so kann auch eine nachhaltige Altersvorsorge gelingen.
5. Was halten Sie von der Steuerklasse 5?	Finde ich schlecht, weil die Ausgestaltung der Lohnsteuerkartenkombination III/V für die Fehlvorstellung sorgt, dass es sich nicht lohnt, wenn beide Ehepartner erwerbstätig sind. Wir wissen heute auch, dass die Lohnsteuerklasse V gerade auch für Frauen in Minijobs Anreize setzt, dauerhaft in dieser Beschäftigungsform zu verbleiben und keine reguläre Beschäftigung anzustreben. Schon heute besteht die Möglichkeit, eine andere Lohnsteuerkartenkombination (IV/IV + Faktorverfahren) zu wählen, die diese Fehlanreize nicht beinhaltet. Dafür müssen wir werben.
6. Warum arbeiten Frauen Ihrer Meinung nach in Minijobs?	Das Bundesfamilienministerium ermittelte kürzlich die zentralen Gründe für Frauen, ausschließlich einen Minijob auszuüben: Vor allem in den alten Bundesländern ist dies oftmals noch eine traditionelle Aufgabenverteilung in den Familien, nach der Frauen sich eher als Zuverdienerin in der Partnerschaft sehen. 84 % dieser Frauen sind verheiratet und bei fast 90 % übt der Partner eine Vollzeitbeschäftigung aus. Zum anderen ermöglichen die geringen Arbeitszeiten bei Minijobs eine hohe Flexibilität in der eigenen Zeitgestaltung, gerade für Mütter. Auch deshalb ist es so wichtig, in Deutschland für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Nur so wird es uns gelingen, Frauen, die gerne mehr arbeiten möchten, stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In den neuen Bundesländern sieht die Situation anders aus. Hier verfügen wir über eine deutlich bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur und ein weniger traditionell geprägtes Rollenverständnis zwischen Frauen und Männern. Wir haben weit mehr Frauen in Führungspositionen und in Vollzeitbeschäftigung. Auf diesen Unterschied bin ich als Brandenburgerin sehr stolz.

7. Welche Alternative sehen bzw. wünschen Sie sich zu den Minijobs?	Ich sehe die Gefahr, dass sich Frauen bei der dauerhaften Ausübung eines Minijobs zu sehr vom besser verdienenden Partner abhängig machen. Dies erhöht das Risiko von Altersarmut. Auch ist eine Familie im Falle der Arbeitslosigkeit des Alleinverdieners deutlich mehr von finanziellen Existenzproblemen betroffen. Das Gleiche gilt für den Fall einer Scheidung. Eine stärkere Reglementierung oder gar Abschaffung von Minijobs ist jedoch keine Lösung. Ich denke hier gerade auch an die Vielzahl unserer Studierenden, die wie ich einst damit ihr Studium finanzieren. Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, um reguläre Beschäftigung zu stärken. Noch immer kommt es in Deutschland vor, dass eine junge Mutter arbeiten möchte, es aber nicht kann, weil der Betreuungsplatz fehlt. Doch wir können es uns nicht länger leisten, auf die Potenziale von Frauen am Arbeitsmarkt zu verzichten. Dies erfordert sowohl in der Arbeitsmarkt- als auch in der Familien- und Gleichstellungspolitik andere Antworten als vor 50 Jahren. Wir befinden uns heute auch in Brandenburg in einem verschärften Wettbewerb um Fachkräfte, müssen bei stagnierenden Geburtenraten für die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme sorgen und treffen heute auch auf ein verändertes Selbstverständnis von Frauen. Diesen Realitäten gilt es durch familienfreundliche Rahmenbedingungen in unserer Arbeitswelt, eine bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur und eine insgesamt familienfreundlichere Gesellschaft Rechnung zu tragen.